

# Die Arbeit am Widerstand

Politik im Zeitalter der Subjektivierung

Universität Innsbruck

27. – 29. März 2014



## Call for Papers

KulturtheoretikerInnen der Gegenwart geben berechtigten Grund zu der Annahme, dass die politische Sozialisierung in den letzten Jahrzehnten einen Wandel erfahren hat. Alain Ehrenberg beispielsweise analysiert in seiner Studie *Das erschöpfte Selbst* (1998) Depression nicht mehr nur als pathologisches Phänomen, das einzelne Personen betrifft, sondern – paradoxerweise – als weit verbreitete Erscheinung, die von einer Gesellschaft evoziert wird, „deren Verhaltensnormen nicht mehr auf Schuld und Disziplin gründet, sondern auf Verantwortung und Initiative“ (Ehrenberg, 2008: 20). Giorgio Agamben betont in seinem kurzen Aufsatz *Was ist ein Dispositiv?* ebenfalls die Notwendigkeit einer philosophischen Neubewertung aktueller kapitalistischer Mechanismen, die anstatt der „Produktion eines Subjekts [...] durch Prozesse der [...] Desubjektivierung“ (Agamben 2008: 36) gekennzeichnet sind. Auch Luc Boltanski vermerkt in der letzten Passage der Kantate *Die Vorhölle* (frz. *Les limbes*, 2006), das „Stand by“ sei der dominante Lebensmodus vieler Menschen geworden. Diese diffuse Inanspruchnahme hat auch politische Konsequenzen, insofern Unmut zerstreut und traditionelle Protestkulturen durch Praktiken der (De-)Subjektivierung, wie es scheint, nachhaltig geschwächt werden.

Colin Crouch hat diesen Mangel an bürgerlichem Engagement in seinem Buch zur "Postdemokratie" einer Theatralisierung des politischen Betriebs angelastet. Dem Bürger kommt in einem dramaturgisch kalkulierten politischen System lediglich die Funktion eines lustlosen Verwalters seines obsolet gewordenen Stimmrechts zu. „Die Mehrheit der Bürger spielt [...] eine passive, schweigende, ja sogar apathische Rolle, sie reagieren nur auf solche Signale, die man ihnen gibt.“ (Crouch, 2008: 10) Auf den von Crouch anvisierten Paradigmenwechsel in der Politik der westlichen Demokratien hat Jürgen Habermas bereits in den 60er Jahren aufmerksam gemacht und ihn für die deutsche Parlamentskultur konkretisiert. Er diagnostiziert, dass im Parlament der „Advokantentypus [...] dem des Funktionärs“ (Habermas, [1962], 1990: 305) weicht und in Debatten konsequent Partei- und Fraktionsrason zu Ungunsten der konkreten Interessen von Wahlkreisen und Kommunen in den Vordergrund treten. Gleichzeitig wird der politische Konflikt durch eine taktische Einrichtung der Parteien in der konsensuellen Mitte des Meinungsspektrums abgebaut und eine Hypostasierung politischer Nischenthemen (vgl. Münkler, 2010: 227 f.) vorgenommen, die aus einem demoskopischen Kalkül heraus forciert wird und den Anspruch auf eine politische Meinungsvielfalt fetischisiert. Politische TheoretikerInnen wie Chantal Mouffe fordern daher im Rahmen der bestehenden politischen Ordnung vehement die Rehabilitierung einer agonalen, partizipatorischen Streitkultur, um die Distanz zwischen PolitikerInnen und BürgerInnen zu reduzieren (vgl. Mouffe, 2008).

Ansonsten könnten sich Befürchtungen Slavoj Žižeks bewahrheiten, der die westliche Gesellschaft als einen spät-absolutistischen Suggestionzusammenhang imaginiert, der einzig darauf abziele, dem Bürger seine faktische Einflusslosigkeit zu verbergen. „[I]n einer Demokratie [ist] jeder normale Bürger ein König – aber ein König in einer konstitutionellen Demokratie, ein König der nur formell entscheidet und dessen Funktion darin besteht, Verordnungen zu unterzeichnen, die ihm von der ausführenden Verwaltung vorgelegt werden. Das Problem demokratischer Rituale gleicht daher dem großen Problem der konstitutionellen Monarchie: Wie läßt sich die Würde des Königs wahren? Wie kann man den Anschein aufrechterhalten, daß der König tatsächlich entscheidet, obwohl jeder weiß, daß es nicht so ist?“ (Žižeks, [2009], 2012: 117)

Diesen pessimistischen Einschätzungen des politischen Engagements von BürgerInnen kontrastieren zahlreiche Protestbewegungen, die sich u.a. im Umfeld der Bankenkrise, des Arabischen Frühlings, europäischer Sparprogramme und umstrittener Großbauprojekte abzeichnen. Während traditionelle politische Parteien zunehmend ihre ideologische Integrationsfähigkeit einbüßen (vgl. Walter/Michelsen, 2013), ist daher eine Revitalisierung bekannter Formate bürgerlicher Protestkultur, gleichzeitig aber auch eine Zunahme politischer Experimentierfreudigkeit zu beobachten, die von Parteineugründungen über Projekte der urbanen Umnutzung und lokalen Tauschbörsen bis hin zu informellen Diskussionskreisen am Rande von Pop-Festivals reichen und als durchaus ernst gemeinte „Spielformen des Öffentlichen“ (Rauterberg, 2013: 13) verstanden werden können, die bisweilen eine pragmatisch-kommunitaristische Haltung eint. Die Debatten rund um die Veröffentlichungen von Wikileaks und des Whistleblowers Edward Snowden, aber auch die Solidaritätswellen mit den regimekritischen KünstlerInnen Ai Weiwei und Pussy Riot zeigen an, dass sich politische Kultur aktuell neben romantischen Projekten der urbanen Vergemeinschaftung um die Interventionsmöglichkeiten digitaler Technologien formiert, mit denen effektiv auf Regierungen Druck ausgeübt werden kann.

Die Winter School „Die Arbeit am Widerstand – Politik im Zeitalter der Subjektivierung“ soll ein Forum schaffen, auf dem sich (Nachwuchs-) WissenschaftlerInnen, AktivistInnen und KünstlerInnen über aktuelle Formen der politischen Kultur austauschen können. Im Zentrum der Veranstaltung soll das Erkunden, die Diskussion und Kritik an Prozessen

politischer Subjektivierung bzw. der Subjektivierung und Ästhetisierung des Politischen stehen, die im Fall der Protestbewegungen u.a. in der Institutionalisierung und Wahrung der politischen Durchschlagskraft problematisch zu werden scheint.

InteressentInnen werden darum gebeten, bis zum 12. Januar 2014 ihre Bewerbung, bestehend aus einem knapp 300 Wörter umfassenden Abstract und einem CV einzureichen. Die 20-minütigen Vorträge können auf Englisch oder Deutsch gehalten werden. Kosten für Unterbringung und Verpflegung während der Veranstaltung werden von der Universität übernommen. TeilnehmerInnen denen sich die Möglichkeit bietet, Reise- und Übernachtungskosten über Stiftungen oder Fakultäten abzurechnen, werden herzlich darum gebeten, von dieser Option Gebrauch zu machen. Es besteht ein begrenztes Budget, um TeilnehmerInnen, die keinen Zugang zu Reisegeldern haben, anteilig finanzielle Unterstützung zu gewähren. Für die Teilnahme an der Winter School „Die Arbeit am Widerstand – Politik im Zeitalter der Subjektivierung“ wird eine Gebühr von 50 EUR erhoben. Die eingereichten Beiträge sollen Ende 2014 in einem zweisprachigen Sammelband erscheinen.

Leitung der Winter School: Prof. Dr. Juliane Rebentisch (HfG Offenbach)

Organisation: Doktoratskolleg „Arts & Politics – Visuelle Rhetorik und die Sprachen des Politischen in historischer Perspektive“ der Universität Innsbruck in Kooperation mit dem von der DFG geförderten Internationalen Graduierten Kolleg „Politische Kommunikation“ (Bologna, Frankfurt a. M., Innsbruck, Pavia, Trient)

Rückfragen und Bewerbungen an:

Philipp Hubmann  
Innrain 52 d  
Raum 4DG25  
A- 6020 Innsbruck

Philipp.Hubmann@uibk.ac.at  
(+ 43) 0512 507-4399

**arts&politics**  
DOKTORATSKOLLEG VISUELLE RHETORIK UND SPRACHEN DES POLITISCHEN IN HISTORISCHER PERSPEKTIVE

